

2. Juni 2022

Stellungnahme von terre des hommes zum Krieg gegen die Ukraine

Zwanzig Jahre nach dem offiziellen Ende der Kriege auf dem Balkan und acht Jahre nach Beginn der Kämpfe in der Ostukraine ist der Krieg in Europa wieder präsent. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die weitverzweigten Folgen beeinträchtigen die Lebenssituation von Millionen von Kindern und Jugendlichen. Menschen sterben durch Bomben und Kugeln, viele müssen ihre Herkunftsorte verlassen und suchen Schutz in anderen Ländern. Aber auch weit entfernt von der Ukraine sorgen Einschränkungen bei der Weizenproduktion für massive Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche: Der ohnehin schon schleppende Kampf gegen den Hunger wird durch fehlende Weizenexporte in Folge des Krieges bedroht.

Schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, komplett zerstörte Städte, Drohungen mit Atombomben: Waren Kriege und deren Folgen viele Jahre in Europa zumindest geografisch weit weg, so rücken auch bei uns existentielle Fragen wieder stärker ins Bewusstsein und stellen eingeübte Haltungen und Reflexe in Frage.

Wo immer Kinderrechte verletzt werden, steht terre des hommes parteiisch und solidarisch an der Seite der Kinder, Jugendlichen und unserer Partnerorganisationen - um mit ihnen gemeinsam für eine kindgerechte und solidarische Gesellschaft einzutreten. Dies tun wir als Kinderrechtsorganisation vor allem im globalen Süden und in vielen bewaffneten Konflikten und Kriegen seit 55 Jahren, und diesen Weg gehen wir auch gemeinsam mit den ukrainischen Kindern und unseren Partnerorganisationen. Auch in der Ukraine kooperiert terre des hommes mit Partnerorganisationen bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen und bei der Durchführung von psychosozialen Hilfen und Bildungsangeboten. Darüber hinaus unterstützt terre des hommes Partner*innen in den Anrainerstaaten der Ukraine und in Deutschland, die Maßnahmen und Angebote für geflüchtete Minderjährige zur Verfügung stellen.

Aus Sicht von terre des hommes dürfen Kinderrechtsverletzungen, getötete Kinder, zerstörte Kindergärten und Schulen niemals hingenommen werden. Wenn Angriffskriege und das Recht des Stärkeren Erfolg haben, werden das Völkerrecht, die Vereinten Nationen und alle Ansätze zur friedlichen Beilegung von Konflikten

weiter geschwächt. Dies impliziert das Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine - es sind die Menschen dort, die angegriffen werden.

Für terre des hommes ergeben sich fünf konkrete Forderungen, die sowohl internationale als auch nationale Dimensionen des Krieges betreffen:

- I. Wir fordern von allen direkt und indirekt in den Krieg involvierten Akteuren und auch von möglichen Vermittlern einen klaren und dezidierten Einsatz, um durch Verhandlungen auf allen Ebenen ein unmittelbares Ende der kriegesischen Auseinandersetzung und einen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine zu erreichen. Es muss mit allen Kräften alles getan werden, um die Kampfhandlungen zu stoppen, Kinder und die Zivilbevölkerung zu schützen, eine weitere Eskalation des Krieges zu vermeiden und eine gewaltfreie Lösung auszuhandeln.
- II. Als zivilgesellschaftliche Organisation fordern wir die entschlossene Unterstützung von kinder- und menschenrechtlichen Akteuren sowohl in der Ukraine als auch in Russland. Nur eine starke Zivilgesellschaft kann politischen Druck für einen Waffenstillstand ausüben, Friedensbemühungen einfordern und unterstützen und nach dem Krieg einen demokratischen Wiederaufbau garantieren. Das gilt auch für die von massiven Repressionen und Verboten überzogene russische Zivilgesellschaft.
- III. Die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine wird in der Öffentlichkeit weitgehend wohlwollend und zustimmend aufgenommen. Anders als bei Geflüchteten aus anderen Ländern werden ukrainische Staatsangehörige, die nach Deutschland kommen, im Leistungsbezug aus diskriminierenden Normen wie dem Asylbewerberleistungsgesetz herausgenommen. Um eine Einteilung von Geflüchteten in unterschiedliche Klassen nicht weiter zu verfestigen, fordert terre des hommes die Gleichbehandlung aller Geflüchteten unabhängig vom Herkunftsland. Was für ukrainische Menschen zurecht selbstverständlich gilt, muss auch für Geflüchtete aus Afghanistan, Irak oder Somalia gelten.
- IV. Die Beschlüsse der Ampel-Koalition im Zusammenhang mit der »Zeitenwende« haben in Deutschland konkrete Auswirkungen auf die zukünftige Verteidigungspolitik. Neben dem Verteidigungsetat in Höhe von zuletzt 55 Milliarden Euro sollen einmalig weitere 100 Milliarden Euro für die Ausrüstung der Bundeswehr als Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden, obwohl das Problem dabei offensichtlich nicht mangelndes Geld, sondern ein nicht funktionierendes

Beschaffungssystem ist. Die Bundesregierung hat bedauerlicherweise die große Chance vertan, Geld aus dem 100 Milliarden Euro-Sondervermögen auch für dringend notwendige nicht-militärische Zwecke bereitzustellen. Denn es ist völlig klar, dass Mittel in dieser Größenordnung auch für den Aufbau zerstörter Schulen und Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine und für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt für die Kinder heute und die kommenden Generationen benötigt werden.

- V. Die globalen Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine lassen sich bislang erst erahnen; steigende Lebensmittelpreise sind eine offenkundige Folge. Für viele Millionen Kinder und Jugendliche, die bereits jetzt auf Nahrungsmittellieferungen und Unterstützung angewiesen sind, verschärft sich die Bedrohung. Die ökonomische Ungleichheit wird durch die Folgen des Krieges noch weiter verschärft. Die Weltgemeinschaft muss sich für eine globale Nahrungssicherheit stark machen und in den von Hunger am meisten betroffenen Regionen schnelle Hilfe und nachhaltige Ernährungssysteme etablieren.

Auch in diesem Krieg gibt es keine Neutralität. Wir sind parteiisch an der Seite der Kinder und Jugendlichen, deren Bedürfnisse im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit unseren lokalen Partnerorganisationen in der Ukraine und im globalen Süden, mit denen wir uns den Folgen des Krieges stellen und uns für die Schaffung friedlicher und gerechter Lebensverhältnisse einsetzen.